



# Europäische Grenzwa­che

Bundesbeschluss vom 1. Oktober 2021 betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwa­che und zur Aufhebung der Verordnungen (EU Nr. 1052/2013 und (EU) 2016/1624 (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)

## Ziel

Die Schweiz soll der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwa­che (Frontex) mehr Geld und mehr Personal zur Verfügung stellen.

## Ausgangslage

Die Schweiz gehört seit 2008 zum [Schengen-Raum](#). In diesem Raum können Personen frei reisen, weil in der Regel keine Grenzkontrollen durchgeführt werden. Die Grenzen gegen aussen kontrollieren alle Länder des Schengen-Raums zusammen mit Frontex. Die Länder des Schengen-Raums stellen [Frontex](#) dafür jährlich Geld und Personal zur Verfügung. 2021 hat die Schweiz 24 Millionen Franken an Frontex gezahlt und sechs Vollzeitstellen beigesteuert.

Die Europäische Union (EU) hat den Ausbau von Frontex beschlossen und will mehr Geld und Personal zur Verfügung stellen. Die Schweiz muss den Ausbau als Mitglied des Schengen-Raums mittragen. Der Bundesrat und das Parlament haben beschlossen, den Ausbau zu unterstützen. Dagegen wurde das Referendum ergriffen. Deshalb stimmen wir nun darüber ab.

## Was würde sich ändern?

Wird die Vorlage angenommen, stellt die Schweiz Frontex mehr Geld und Personal zur Verfügung. Bis 2027 wird der jährliche Beitrag schrittweise auf 61 Millionen Franken erhöht. Ebenfalls wird das Personal aus der Schweiz bis 2027 schrittweise auf rund 40 Vollzeitstellen erhöht.

## Schengen-Raum

Zum Schengen-Raum gehören die EU-Länder und Norwegen, Island, Liechtenstein und die Schweiz. Zypern und Irland sind Ausnahmen und Bulgarien, Rumänien und Kroatien sind dem Schengen-Raum noch nicht beigetreten. Mit dem Abkommen können TouristInnen innerhalb des Schengen-Raums ohne Passkontrollen reisen. Zusätzlich wird die polizeiliche und rechtliche Zusammenarbeit zwischen diesen Ländern verbessert. Alle Änderungen am Abkommen müssen auch von der Schweiz umgesetzt werden.

## Frontex

Frontex ist eine Agentur der EU. Die EU hat 2019 begonnen, Frontex auszubauen und der Agentur mehr Geld und Personal zur Verfügung zu stellen. Bis 2027 sollen für die Grenzkontrollen 10'000 Personen zur Verfügung stehen, wenn sie benötigt werden. Ebenfalls wird das Budget von Frontex bis 2027 auf ungefähr 1.2 Milliarden Franken pro Jahr erhöht. Zusätzlich sollen 40 GrundrechtsbeobachterInnen an der Aussengrenze eingesetzt werden. Wenn Grundrechte verletzt werden, können sie Massnahmen einleiten.



Ja

### Argumente der BefürworterInnen

- Die Schweiz ist auf einen guten Schutz der Grenze des Schengen-Raums angewiesen. Nur so bleibt die Schweiz sicher.
- Frontex bleibt bestehen, auch wenn die Schweiz keinen Beitrag leistet. Die Schweiz kann dann aber nicht mehr über Frontex mitentscheiden.
- Durch den Ausbau von Frontex werden Grundrechte besser geschützt. Deshalb soll die Schweiz den Ausbau mittragen.

Nein

### Argumente der GegnerInnen

- Die Schweiz zahlt einen grossen Beitrag an Frontex. Trotzdem kann die Schweiz nicht gleich über Frontex mitbestimmen wie die Mitglieder der EU.
- Frontex erhält in Zukunft mehr Geld und z. B. Waffen, um die Migrationspolitik der EU mit Gewalt umzusetzen.
- Frontex hält die Grundrechte nicht ein. Oft sterben deshalb Menschen an der Aussengrenze des Schengen-Raums.

#### Nationalrat



Ja

88 Ja  
80 Nein  
28 Enthaltungen

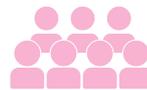
#### Ständerat



Ja

30 Ja  
14 Nein  
0 Enthaltungen

#### Bundesrat



Ja



Den Clip zur Vorlage und weitere Informationen findest du unter [easyvote.ch/grenzwa- che](https://easyvote.ch/grenzwa- che)

